



Themen in unserem Newsletter:

- Energiefrage im neuen Koalitionsvertrag
- Stellungnahmen Bündnis Bürgerenergie zu Strommarktdesign der Zukunft und Energy Sharing
- Aktuelles zur Entwicklung der Energiewende
- POP-UP-Museum und -Ausstellung „KERNgeschichten Neckarwestheim“ 15.05. – 15.06.25
- Filmtipp und Termine

Liebe Atomkraftgegner*innen, liebe Energiewender*innen,

CDU/CSU haben im Wahlkampf die rassistischen Positionen der AfD übernommen und im Bundestag mit ihr einen menschenrechtsfeindlichen Pakt für Fremdenfeindlichkeit geschlossen. Danach wunderte sich die CDU/CSU scheinheilig, dass das Original gewählt wird und die AfD ihre Stimmen verdoppeln konnte und in den neuen Bundesländern jetzt mit großem Abstand die stärkste politische Kraft wurde. Spahn überbot das Ganze noch und mahnte jetzt noch den „normalen Umgang“ mit den Demokratiefeinden an.

Bereits unmittelbar nach der Bundestagswahl wurden im Bundestag eine Reihe von einschneidenden Gesetzen (Aufrüstung, Migration, Schulden) beschlossen. Merz und seine CDU haben eine 180 Grad Kehrtwende beim Wahlkampfversprechen zur Einhaltung der Schuldenbremse vollzogen. Eine politische Steilvorlage für die AfD, die jetzt in bundesweiten Umfragen mit der CDU gleichgezogen hat.

CDU/CSU und SPD haben einen Koalitionsvertrag „Verantwortung für Deutschland“ mit 144 Seiten vorgelegt. Am 6. Mai soll Merz zum neuen Bundeskanzler gewählt werden und dann die neue Bundesregierung starten. Was sind die Vorhaben im Energiebereich mit einem neuen Kanzler Merz, der im Wahlkampf Atomkraft propagierte und sich gegen die Energiewende positioniert hat. Der Windräder als hässliche Übergangstechnologie - die wieder verschwinden muss - verteufelte?

Energiethemen im neuen Koalitionsvertrag

Wie bei allen Kapiteln darin geht es auch beim Thema „Klima und Energie“ um eine Auflistung von Absichtserklärungen und Zielen. Seltsamerweise wurde das Thema „Atom“ und die noch im Wahlkampf lautstark verkündeten Absichtserklärungen darin ausgenommen. Die Frage von Atom-Partnerschaften, sog. Kleinreaktoren und der Kernfusion sind damit für diese Regierung sicherlich nicht erledigt.

Zu Beginn wird erklärt, dass die Klimaziele bis 2045 erreicht werden sollen, dies jedoch auf europäischer Ebene erfolgen müsse und der Schwerpunkt die Reduzierung von CO2 sein soll. Dabei solle der Emissionshandel eine wichtige Rolle spielen.

Kein Wort zu dem Hitzerekord in Europa und weltweit 2024, den tausenden von Toten durch Starkregen und Überschwemmungen. Und auch nicht dazu, dass das 1,5 Grad-Ziel permanent überschritten wurde und wird.

Das gesamte Thema Energiewende wird unter dem Aspekt des „Marktes, Flexibilität und der Netzdienlichkeit“ unter den bestehenden Strukturen der Großkonzerne beschrieben. D.h. die Wende hin zu einer dezentralen Struktur bei Erzeugung, Verteilung und Verbrauch wird ausgebremst. Dazu zählen auch das neu verabschiedete „Solarstutzengesetz“ mit der Abregelung bei negativen Strompreisen (§ 51 EEG 2023) für Zeiträume, in denen der Spotmarktpreis an der Börse in Leipzig negativ ist. D.h. für diesen Zeitraum erfolgt für die Einspeisung des Stroms von Photovoltaikanlagen überhaupt keine Vergütung mehr.

Dem jetzt vorgelegten Koalitionsvertrag haben CDU/CSU bereits zugestimmt, bei der SPD läuft noch bis zum 30.04.25 die Mitgliederbefragung. Der Koalitionsvertrag hat im Kapitel 1,4 das Thema Klima und Energie auf den Seiten 28-36, daraus sind die folgenden Zitate entnommen. (https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag2025_bf.pdf)

Die Zielvorgaben zum Thema „Energie und Klima“ im Koalitionsvertrag sind u.a.:

„Netze - Der Ausbau und die Modernisierung der Netze werden kosteneffizient vorangebracht und mit dem Erneuerbaren-Ausbau synchronisiert. Wir werden die weitere Entwicklung einem regelmäßigen Monitoring unterziehen. Sämtliche Maßnahmen müssen sich an den realistischen Bedarfen orientieren und aufeinander abgestimmt sein.“

„Der entschlossene Ausbau Erneuerbarer Energien beinhaltet den netzdienlichen Ausbau von Sonnen- und Windenergie, von Bioenergie, Wasserkraft und die Erschließung von Geothermie. Zudem nutzen wir die Potenziale klimaneutraler Moleküle. Wir verfolgen das Ziel, dass sich Erneuerbare Energien perspektivisch vollständig am Markt refinanzieren können.“



„Die Förderung der Solarenergie in Verbindung mit Speichern soll systemdienlich ausgestaltet werden....Betreibern von Bestandsanlagen setzen wir Anreize für eine netz- und systemdienliche Einspeisung und prüfen die neuen Bestimmungen des Solarspitzengesetzes für die Nullvergütung bei negativen Preisen und der Direktvermarktung.“

„Wir setzen den Ausbau der Windkraft fort. Die Zwischenziele des Windflächenbedarfsgesetzes für 2027 bleiben unberührt. Die Flächenziele für 2032 evaluieren wir. Dabei überprüfen wir auch das Referenzertragsmodell auf Kosteneffizienz.“
(D. h. die Flächenplanung soll reduziert werden)

„Wir werden durch schnellstmögliche technologieoffene Ausschreibungen verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen in ausreichend gesicherte Leistung und Versorgungssicherheit schaffen. Den Bau von bis zu 20 GW an Gaskraftwerksleistung bis 2030 wollen wir im Rahmen einer zügig zu überarbeitenden Kraftwerksstrategie technologieoffen anreizen.“

Ein neuer Schwerpunkt ist das umweltschädliche Speichern von CO₂

„CCU und CCS CO₂-Abscheidungs- und Speicherungstechnologien (CCS) und auch Nutzungstechnologien (CCU) ergänzen den beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie energieeffiziente Produktionsprozesse als unerlässliche Instrumente für das Ziel der Klimaneutralität. Wir werden umgehend ein Gesetzespaket beschließen, welches die Abscheidung, den Transport, die Nutzung und die Speicherung von Kohlendioxid insbesondere für schwer vermeidbare Emissionen des Industriesektors und für Gaskraftwerke ermöglicht. Wir werden das überragende öffentliche Interesse 1086 - 33 - 1087 für den Bau dieser CCS/CCU-Anlagen und -Leitungen feststellen.“

Ziel Wasserstoff: auch aus umweltschädlicher Produktion

„Für den schnellen Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft brauchen wir klimafreundlichen Wasserstoff aus verschiedenen Quellen. Ziel ist langfristig die Umstellung auf klimaneutralen Wasserstoff, basierend auf einem wachsenden Anteil Erneuerbarer Energien aus dem Inland und aus Importen. Dafür setzen wir uns für pragmatische nationale und europäische Regelungen (im Rahmen der europäischen Wasserstoffstrategie) und deren zügige Umsetzung ein. Überregulierung muss zurückgeführt werden. Wasserstoffherzeugung wollen wir sowohl über große systemdienliche Elektrolyseanlagen als auch verstärkt dezentral und flächendeckend ermöglichen. Wir werden Energieimportland bleiben, wollen dafür Energiepartnerschaften und grenzüberschreitende sowie notwendige Inlandsinfrastruktur für Importe von Wasserstoff und seinen Derivaten in alle Richtungen konsequent ausbauen.“

Fazit Koalitionsvertrag und Energiewende

Viele Absichtserklärungen mit dem eindeutigen Schwerpunkt der Beibehaltung einer zentralen (fossilen) Energie-Infrastruktur. Pro Forma wir auch die Bürger*innen- und Kommunen-Beteiligung beschrieben. Es gibt jedoch überhaupt keine Zielsetzungen und konkreten Vorhaben zum raschen Ausbau der Erneuerbaren. Stattdessen auch hier die berühmte „Technologieoffenheit“, mit der schon die Ampel ausgebremst hat.

Die wichtigsten Akteure: aktive Bürger*innen, Genossenschaften, Stadtwerke und Kommunen, Unternehmen und Projektmacher*innen sind auch bei dieser Regierung weiter die treibende Kraft und müssen Gegenwind aushalten!

Liebe Energiewender*innen,

zur Frage der weiteren Schritte und der Struktur einer dezentralen und umweltfreundlichen Energiewende stellen wir Euch heute in Auszügen zwei Positionspapiere des Bündnis Bürgerenergie e.V. vor. Diese entstanden als Antwort auf ein von Habecks Wirtschaftsministerium (BMWK) vorgelegtem Optionspapier für ein zukünftiges Strommarktdesign und beinhalten wesentliche Aspekte einer positiven Energiewende. Aus diesen beiden Positionspapieren haben wir die nachfolgenden Texte entnommen. Siehe <https://www.buendnis-buergerenergie.de>

1. Positionspapier: Optionen für ein sicheres, bezahlbares und nachhaltiges Stromsystem

Das Optionenpapier des BMWK stellt sachkundig und nachvollziehbar mögliche Entwicklungspfade des Energiesystems hin zu einem Stromsystem mit sehr hohen Anteilen erneuerbarer Energien dar und schafft damit die Grundlage für die politische und gesellschaftliche Diskussion. Allerdings lässt das Papier die Perspektive der in der Energieversorgung aktiven Bürger*innen vollständig vermissen. Kriterien wie Klimaneutralität, Verteilungsgerechtigkeit, Akzeptanz und Teilhabe werden dagegen nicht erwähnt, geschweige denn zur Bewertung von Maßnahmen herangezogen.

Wo ist die Teilhabe?



Teilhabe bzw. Partizipation als Schlüsselbegriffe für die Bürgerenergie tauchen im Optionenpapier nicht auf, das Wort Akzeptanz kommt im Optionenpapier genau zwei Mal vor. Bürger*innen werden lediglich ein Mal im Zusammenhang mit Versorgungssicherheit und Preisstabilität erwähnt. Damit behandelt das Optionenpapier den Energiemarkt letztlich als ein volkswirtschaftlich-technisches Phänomen, in dem abgesehen von binären Investment- bzw. Kaufentscheidungen menschliches Handeln keine relevante Größe darstellt.

Ein Energieversorgungssystem ist aber immer ein soziotechnisches System. Die Organisation der technischen Einrichtungen zur Deckung der energetischen Bedarfe – hier Windräder, Solarmodule, Netze, Steuerungsboxen, Speicher etc. – ist nicht von den Menschen, ihren Handlungen, normativen Leitlinien und Interessen zu trennen.

Im erneuerbaren Energiesystem gibt es das neue Phänomen, dass die Menschen als Produzent*innen ihrer eigenen Energiebedarfe – als Prosument*innen – auftreten. Die Energietechnologien rücken immer weiter in das Lebensumfeld der Menschen. Die Menschen werden – z.B. als Flächeneigner*innen oder Investor*innen – zu Protagonisten der Energieversorgung. Damit bekommen Planungssicherheit, Lokalität und Flexibilität einen Stellenwert, dem das Papier allerdings nicht gerecht wird. Energiepolitik ist nicht allein eine Frage der Expert:innen, sondern hat weitreichende Auswirkungen in die Lebenswelt und das Gerechtigkeitsgefühl der Menschen hinein. Dies darf Politik, dies darf das BMWK nicht ignorieren.

Der Energiemarkt muss dem Zweck dienen, nicht die EE dem Markt

Märkte fallen nicht vom Himmel, sie werden von Menschen durch Regulierung erst geschaffen. Leitgedanke der EE-Strommarktreformen ist seit Jahren die Idee der „Strommarktintegration der EE“. Integration in einen bestehenden Markt ist jedoch aus unserer Sicht nur dann sinnvoll, wenn das bestehende System dauerhaft erhalten bleiben soll. Warum sollen die dezentralen erneuerbaren Energien in das bestehende System integriert werden, wenn das bestehende fossil-zentrale System des Strommarkts ein Auslaufmodell ist?

Vielmehr muss es aus unserer Sicht um die Entwicklung eines Marktdesigns für die EE gehen, das die breite Partizipation der Bürger*innen gewährleistet und den konsequenten Weg zur Klimaneutralität beschreitet. Fadenriss beim EE-Ausbau ist eine reale Option. Im Rückblick haben grundlegende Veränderungen am komplexen Fördersystem der Erneuerbaren Energien immer zu großer Marktunsicherheit geführt. Hieraus sollte die Lehre gezogen werden, das Fördersystem nur behutsam und wenn notwendig zu verändern.

Negativpreisphasen an der Strombörse

Minimalinvasive Lösungsvorschläge werden nicht geprüft. Generell verwundert es, wie das BMWK durch einen kompletten Systemwechsel beim EE-Fördermechanismus das Kind mit dem Bade auszuschütten droht. Denn für das Problem der Negativpreisphasen an der Börse liegen bei gründlicher Analyse der Ursachen eine Vielzahl von Vorschlägen auf dem Tisch. Hierzu gehören der Abbau inflexibler fossiler Must-Run-Kapazitäten ebenso wie die Berücksichtigung von Wärmespeichern, aber auch die Effekte eines höheren CO₂-Preises auf die Merit-Order, die Strompreise und damit auf den Förderbedarf.

Zudem werden Vorschläge, zum Beispiel die gleitende Marktprämie von einer Zeit- auf eine Mengenorientierung umzustellen, nicht hinreichend diskutiert. Hierdurch entsteht der Eindruck, dass ohne Not eine Systemumstellung als notwendig dargestellt wird, deren Folgen mit großen Unsicherheiten verbunden ist. Beim Kapazitätsmechanismus bleibt Klimaneutralität außen vor.

Thema Versorgungssicherheit

Ursprünglicher Ansatz der Bundesregierung war hierbei zunächst die Kraftwerksstrategie, nach der 25 GW neuer, steuerbarer, möglichst mit H₂ betriebener Kraftwerke ausgeschrieben werden sollten. Stand heute sind „lediglich“ 12,5 GW an neuen oder ertüchtigten Wärmekraftwerken geplant.

Beim favorisierten kombinierten Modell bleibt unklar, ab wann H₂ als Brennstoff für alle 12 GW eingesetzt wird. Es wird nur allgemein auf den Emissionshandel verwiesen. In der Zwischenzeit werden den großen



Kraftwerksbetreibern die Investkosten für Kraftwerke in der Größe eines Drittels des bestehenden Gaskraftwerksparks in Deutschland (2024: 36 GW) mit öffentlichen Mitteln finanziert, während fast ausschließlich fossiles Erdgas weiterhin die Klimakrise verschärfen wird.

Aller Voraussicht nach werden durch großzügige Planung zugunsten finanzstarker Konzerne (weitgehend fossil betriebene) (Über-)kapazitäten geschaffen, welche die Entwicklung innovativer Flexibilitätslösungen erschweren. Wir sind deshalb der Ansicht, dass ein Klimaneutralität anstrebender Kapazitätsmechanismus der Nutzung von Gas klare Grenzen setzen muss.

2. Positionspapier: Energy Sharing für die Bürgerenergie

Die Transformation unseres Energiesystems ist dann erfolgreich, wenn die Menschen mitbestimmen, mitverdienen und mitmachen können. Das stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt, macht unsere Demokratie krisenfester und schafft Einkommen und Einnahmen für Bürger*innen und Kommunen. Energy Sharing für die Bürgerenergie ist dafür ein unentbehrliches Instrument.

- denn die Teilhabe der Bürger*innen fördert die gesellschaftliche Akzeptanz und Beteiligung am Umbau des Energiesystems;
- stellt die lokale Wertschöpfung und die gerechtere Verteilung dieser sicher;
- steigert das Interesse am Bau von EE-Anlagen und mobilisiert damit private wie öffentliche Investitionen;
- schafft Anreize, den Stromverbrauch an die Erzeugung der gemeinschaftlich genutzten Anlagen auszurichten;
- erzeugt marktlich, volkswirtschaftlich wie auch netztechnisch positive Effekte und kann dazu beitragen, schneller mehr erneuerbare Erzeugung und mehr neue, flexible Stromverbraucher in das bestehende Stromnetz zu integrieren;
- kann durch die Regionalisierung von Stromerzeugung und -verbrauch dazu beitragen, dass weniger Energie-Infrastruktur benötigt und somit ein positiver Beitrag zum Naturschutz erzielt wird;
- bringt die Demokratieförderung im Energiesystem voran.

Die Europäische Union hat das Potential von Energy in Bürgerenergiegesellschaften (BEGen) erkannt und bereits 2019 in Art. 22 der Erneuerbare Energien-Richtlinie (RED II) mit einer Umsetzungsfrist bis Mitte 2021 verankert. Die Frist lief ohne entsprechende Umsetzung in deutsches Recht Sharing ab. Die Elektrizitätsbinnenmarktlinie (EMD), die im April 2024 vom Europäischen Parlament beschlossen wurde, spezifiziert zentrale Aspekte des Energy Sharing und weitet das Recht auf Energy Sharing aus auf alle aktiven Kund*innen.

Energy Sharing ermöglicht bei richtiger Ausgestaltung, dass Bürger*innen nicht mehr nur Erneuerbare-Energien-Anlagen gemeinsam betreiben, sondern den Strom ihrer Anlagen auch gemeinsam nutzen können. Die Einbindung von Wind- und PV-Parks, großen PV-Dachanlagen sowie Energiespeichern in Energy Sharing-Konzepte dient der gemeinsamen Nutzung von Energie, die von einer Anlage erzeugt wird, welche sich im kollektiven Besitz der Verbraucher*innen befindet oder von diesen gepachtet oder gemietet wurde. Zielsetzung ist die Einbindung von Wind- und Solarparks, bei denen die Akzeptanz oft eine Herausforderung ist.

Aktuelles zur Entwicklung der Energiewende

In 2024 lag der Anteil der Erneuerbaren bereits bei 62% an der Nettostromerzeugung. Dies hauptsächlich ermöglicht und realisiert durch Windenergie und Photovoltaik. Während der Ausbau der Windenergie nach wie vor schwach ist, entwickelte sich die Photovoltaik wieder deutlich nach oben, in 2024 mit einem Zubau von über 13 Gigawattstunden. Das Ausbauziel wurde erreicht.

Jedoch sinken die Vergütungen für Einspeisungen kontinuierlich weiter ab und gefährden so die Wirtschaftlichkeit, auch von größeren PV-Anlagen. Dies wird noch verstärkt: der Bundestag hat am 31.01.25 ein „Solar-Spitzen“-Gesetz beschlossen. So sollen keine PV- Vergütungen mehr für den Zeitraum bezahlt werden, wenn es an der Leipziger



Strombörse negative Preise gibt. Daran hält auch die neue Bundesregierung fest. Dies ist ein neuer Angriff auf die Energiewende.

Wie sieht es beim Wind aus?

Im letzten Jahr wurden bundesweit viele Windräder neu genehmigt, insgesamt 2400! Die Frage, was wo tatsächlich gebaut wird, hängt überall an den Themen „verfügbare Flächen“ und „Sicherheit bei den Vergütungen über die Laufzeit“. So wurden 2024 bundesweit nur 635 neue Windräder gebaut, nach wie vor ein Tiefstand. Abgebaut wurden 555 WR, also eine Nettozubau von nur 80 neuen Windrädern.

Heute die aktuellen Planungen vom Kreis Ludwigsburg:

In Ingersheim steht ja nach wie vor das einzige Windrad im Kreis. Wie soll und wird es weiter gehen?

Am 02. April hat die Regionalversammlung die neuen Planungen der Verwaltung in Bezug auf Vorranggebiete besprochen und was gemacht?

Die Verwaltung hat insgesamt 106 Vorranggebiete Wind mit unterschiedlicher Größe für den Kreis als geeignet vorgeschlagen. Die Entscheidung in der Regionalversammlung spiegelt die politische Situation mit Gegenwind für die Energiewende.

Von den 106 Vorranggebieten blieben nur 87 übrig. Teilweise wurden dann die Flächen der vorgesehenen Gebiete halbiert oder zumindest viele deutlich reduziert. Die jetzt übrig gebliebene Fläche entspricht gerade noch den gesetzlichen Anforderungen, dass mindestens 1,8% der Kreisfläche ausgewiesen werden müssen!

Somit findet erneut eine deutliche Einschränkung von neuen Windrädern und ein weiteres drastisches Ausbremsen der Energiewende im Kreis Ludwigsburg statt. Bereits 2023 hatte die Verwaltung einen ersten Vorschlag für Vorranggebiete im Kreis vorgelegt. Damals wurden dann Flächen vorgeschlagen, die 2,6% der Kreisfläche entsprochen hätten. Dies wurde dann politisch verhindert.

Wenn es nach den politischen Energiewende-Ausbremsern geht, darf auch in Ingersheim kein zweites Windrad gebaut werden. Deren kreisweites Hauptargument bei gerade mal einem Windrad ist: mit dem Neubau von Windrädern würde eine „visuelle Überlastung stattfinden“. Es ist wirklich nicht mehr zu ertragen und auszuhalten, was hier stattfindet!

POP-UP-Museum „KERNgeschichten Neckarwestheim“ 15.05. – 15.06.25, Kelter Gemrigheim

Eine Studiengruppe der Universität Tübingen unter der Leitung von Karin Bürkert hatte sich zur 900-Jahr Feier von Neckarwestheim in einem Projekt mit der Geschichte von Neckarwestheim unter dem speziellen Aspekt der beiden Atomkraftwerke und ihren Einfluss auf die lokale Entwicklung befasst.

Daraus entstand das Buch: Karin Bürkert (HG.): „Alltag – Konflikt – Wandel“. Infos unter <https://ekw-verlag.de/alltag-konflikt-wandel/>.

Das Landesmuseum Stuttgart hatte dies begleitet und daraus die Idee einer „POP-UP-Ausstellung KERNgeschichten. Wie lebt(e) es sich in Nachbarschaft zum Kernkraftwerk?“ entwickelt. Darin sind viele Objekte und ihre Geschichten zu sehen. Auch wir als Aktionsbündnis haben uns beteiligt.

Diese findet jetzt vom 15.05. – 15. 06.2025 im Gewölbekeller der Kelter in Gemrigheim, Hofgasse 22, im Untergeschoss statt. Öffnungszeiten sind Donnerstag bis Sonntag jeweils von 11-18 Uhr.

Es findet auch eine Wanderung vom Landesmuseum mit uns zu Protestorten in der Region statt:

Wanderung zu Protestorten am Kernkraftwerk

Sonntag, 01.,06., 14 Uhr - Kostenfrei (mit Anmeldung & Gratisticket)

Treffpunkt: Kleiner Wanderparkplatz „Schöne Aussicht“, 300 m oberhalb des Kernkraftwerks an der Kreuzung K1624 & K1625, 74376 Gemrigheim

Auf den Spuren des Anti-AKW-Protests in der Region – Erzählungen zu verschiedene Protestorten gemeinsam mit dem Aktionsbündnis CASTOR-Widerstand Neckarwestheim.

Anmeldung über www.pop-up-museum.de [ab nächster Woche]

Filmtipp und Termine

Wir sind so frei - Dokumentarfilm; D 2024;

Wartesaal in Besigheim am Fr. 09.05.25

weitere Veranstaltungsorte: <https://dropoutcinema.org/wir-sind-so-frei/>



Regie: Christian Lehmann-Fedderson & Alf Schreiber; Produktion: No Doubt Media (Hamburg); 97 min.; FSK 12; Sprache: Deutsch, teilw. Englisch, Französisch, Arabisch OmdU;

Die Langzeitbeobachtung dokumentiert die staatliche Repression nach dem G20-Gipfel in Hamburg („Rondenberg-Prozess“) und begleitet neue politische Bewegungen der letzten Jahre wie Rider-Gewerkschaften (Gorilla Riders‘ Collective, Flink Workers Collective), Arbeitskämpfe bei Amazon (ver.di) und politische Kämpfe von Migrant*innen (NiNa Women in Action, Women in Exile)

Tschernobyl-Jahrestag-Mahnwache vor dem AKW Neckarwestheim, Tor 1

Samstag, 26.04. um 14:00 Uhr

Veranstalter der Aktion ist der BBMN – Infos unter www.bbmn.de

1.Mai-Veranstaltung des DGB in Ludwigsburg: Demo & Kundgebung & Fest

Demo | 10 Uhr | Start am Bahnhofsvorplatz

Kundgebung | 11 Uhr | Rathausplatz | die Mairede hält Jochen Faber

Für Musik sorgen Acoustic Tree. Bis ca. 15 Uhr Maifest mit Bewirtung, Infoständen und Kinderprogramm.

Beste Anti-Atom- und Energiewende-Grüße

vom Aktionsbündnis CASTOR-Widerstand Neckarwestheim